Heute unter anderem zu folgenden Themen: Joseph E. Stiglitz – Stoppt die rechten Krisentreiber; Deutsche Bank; Eurokrise; J. Bradford DeLong – Geständnisse eines Deregulierers; SGB II-Eingliederungsmittel werden drastisch gekürzt; Arbeitsmarktpolitischer Aufruf; Belgische Gewerkschaften kämpfen gegen deutsche Niedriglöhne; Ver.di: Telekom unterdrückt Gewerkschaften in den USA; Die Russen kommen. Konsequenz der Energiewende; Neue Rohstoffpolitik; Tokaimura 1999 – Lehrstück ohne Folgen; Faires Label, unfaire Praktiken; Die Revolution enttäuscht ihre Kinder; Spionage in guter Mission; Die Schweinedoktrin; Lerne, soviel du kannst! Helfen wird es trotzdem nicht; Ein Online-Journalist enthüllt, wie Newsseiten ihre Texte prominent platzieren; Von "Süddeutsche" bis ARD: Deutschlands Medienjournalismus mutiert zur Propaganda; Abwehrbereit; Das Allerletzte: Freiburger werden ab 6 Uhr aus dem Bett geklingelt (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Joseph E. Stiglitz – Stoppt die rechten Krisentreiber
2. Deutsche Bank
3. Eurokrise
4. J. Bradford DeLong – Geständnisse eines Deregulierers
5. SGB II-Eingliederungsmittel werden drastisch gekürzt
6. Arbeitsmarktpolitischer Aufruf
7. Belgische Gewerkschaften kämpfen gegen deutsche Niedriglöhne
8. Ver.di: Telekom unterdrückt Gewerkschaften in den USA
9. Die Russen kommen. Konsequenz der Energiewende
10. Neue Rohstoffpolitik
11. Tokaimura 1999 – Lehrstück ohne Folgen
12. Faires Label, unfaire Praktiken
13. Die Revolution enttäuscht ihre Kinder
14. Spionage in guter Mission
15. Die Schweinedoktrin
16. Lerne, soviel du kannst! Helfen wird es trotzdem nicht
17. Ein Online-Journalist enthüllt, wie Newsseiten ihre Texte prominent platzieren
18. Von "Süddeutsche" bis ARD: Deutschlands Medienjournalismus mutiert zur Propaganda
19. Abwehrbereit
20. Das Allerletzte: Freiburger werden ab 6 Uhr aus dem Bett geklingelt

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich*

bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Joseph E. Stiglitz – Stoppt die rechten Krisentreiber**
   Steuergeschenke für Reiche, Investitionskürzungen und Sparpakete setzen die wirtschaftliche Zukunft der USA und Europas aufs Spiel. Dabei gibt es eine Alternative.
   Es ist gerade mal ein paar Jahre her, dass eine schlagkräftige Ideologie die Welt an den Rand des Ruins brachte: der Glaube an freie und uneingeschränkte Märkte. Und selbst in seiner Blütezeit vom Anfang der 80er-Jahre bis 2007 machte der deregulierte Kapitalismus amerikanischen Stils im reichsten Land der Welt nur die Allerreichsten reicher.
   Die meisten Amerikaner mussten im Laufe des 30 Jahre währenden Aufstiegs dieser Ideologie mit ansehen, wie ihr Einkommen Jahr für Jahr fiel oder stagnierte. Zudem war das Produktionswachstum in den USA nicht nachhaltig. Da ein so großer Teil des US-Volkseinkommens an so wenige ging, war das Wachstum nur durch einen immer stärker auf Pump finanzierten Konsum aufrechtzuerhalten.
   Ich gehörte zu jenen, die hofften, die Finanzkrise würde die Amerikaner und andere lehren, dass wir mehr Gleichheit, eine stärkere Regulierung und ein besseres Gleichgewicht zwischen Markt und Staat brauchen. Das ist leider nicht passiert. Im Gegenteil: Wieder einmal wird die Weltwirtschaft oder zumindest die Wirtschaft Europas und Amerikas, wo diese Ideen weiter gedeihen, vom Wiedererstarken einer rechtsgerichteten Wirtschaftslehre bedroht. Sie ist wie immer angetrieben durch Ideologie und Partikularinteressen.
   Quelle: FTD

   dazu: **Obama stellt Ultimatum**
   Wieder konnten sich Demokraten und Republikaner nicht auf eine Lösung einigen. Nun geht der amerikanische Präsident in die Offensive. Um den drohenden Zahlungsausfall doch noch zu verhindern, stellt er den Republikanern ein Ultimatum.
   Quelle: FAZ

2. **Deutsche Bank**
   a. **Helmut Schmidt – Das Geldhaus**
      Die Deutsche Bank ist keine deutsche Bank mehr. Und das ist Merkels Problem. […]
      Trotz ihres angestammten Namens ist allerdings die Deutsche Bank im Laufe der letzten zwanzig Jahre eine internationale Bank geworden. Einerseits sitzt die

Mehrheit ihrer Aktionäre im Ausland, andererseits werden mindestens achtzig Prozent ihrer Gewinne im globalen Investmentbanking gemacht. Und zwar nicht in Frankfurt, sondern in London – und an der Spitze dieses Investmentbanking steht mit Anshu Jain kein Deutscher, sondern ein Inder. An der Spitze der Deutschen Bank steht mit Josef Ackermann auch kein Deutscher, sondern ein Schweizer. […]
Ich teile die Menschheit deshalb gern in drei Kategorien ein. Die erste Kategorie, das sind die normalen Menschen. Wir alle haben sicher als Jungs mal Äpfel geklaut, aber dann sind wir doch anständige Kerle geworden. Normale Menschen also, das sind vielleicht 98 Prozent. Zweite Kategorie, das sind die mit einer kriminellen Ader. Die gehören vor Gericht, und wenn sie schuldig gesprochen sind, dann gehören sie ins Gefängnis. Und die dritte Kategorie sind Investmentbanker und Fondsmanager.
Dabei ist das Wort Investmentbanker nur ein Synonym für den Typus Finanzmanager, der uns alle, fast die ganze Welt, in die Scheiße geritten hat und jetzt schon wieder dabei ist, alles wieder genauso zu machen, wie er es bis zum Jahre 2007 gemacht hat.
Quelle: ZEIT

b. **Dexia verklagt die Deutsche Bank**
Der US-Hypothekenskandal wird für die Deutsche Bank zu einem größeren Problem: Die französisch-belgische Finanzgruppe Dexia wirft dem Geldhaus Betrug vor – und zieht vor Gericht. Die Frankfurter widersprechen. […]
Laut der Klageschrift hatte die Deutsche Bank Hypothekenpapiere an Dexia verkauft, obwohl sie gewusst habe, dass die darin enthaltenen Hauskredite von schlechter Qualität gewesen seien. Die Deutsche Bank habe sogar gegen den US-Häusermarkt gewettet und damit noch davon profitiert, dass die Hypothekenpapiere floppten, die sie zuvor an Dexia und andere verkauft habe. Dexia benötigte Staatshilfe während der Finanzkrise.
Quelle: SPIEGEL Online

3. **Eurokrise**
   a. **Wie Hedgefonds gegen Südeuropa wetten**
   Endspiel um den Euro. Europas Politiker kämpfen um die Gemeinschaftswährung und darum, einen Finanzcrash zu vermeiden. Immer größere Euroländer stehen im Fokus von Banken und Hedgefonds. Überall verzweifelte Versuche, die Lage zu beruhigen. Universität Erfurt, Seminar zur Finanzmarktpolitik. Prof. Helge Peukert diskutiert mit seinen Studenten schon lange nicht mehr, ob uns ein nächster Crash bevorsteht, sondern nur noch, wann er kommt. Denn die gefährlichsten Brandbeschleuniger der letzten Krise hat die Politik noch immer

nicht entschärft.
Quelle: WDR Monitor

b. **Selbst wenn Griechenland eisern spart – es spart langsam**
In einem am Donnerstag im aktuellen Monatsbericht der Europäischen Zentralbank (EZB) veröffentlichten Szenario der Notenbank sinkt die Schuldenquote des Landes selbst bei konsequenten Sparbemühungen bis zum Jahr 2020 nur auf 127 Prozent. Damit würde die Schuldenlast gemessen an der Wirtschaftsleistung noch immer mehr als doppelt so hoch liegen wie im Maastricht-Vertrag erlaubt. «Ob diese Verringerung erreicht werden kann, hängt massgeblich von der Bereitschaft und Fähigkeit der Regierung ab, an der Haushaltskonsolidierung festzuhalten und die Strukturreformen sowie das Privatisierungsprogramm vollständig umzusetzen.» Es gehe darum, «über den Horizont des laufenden Programms hinaus eine ehrgeizige Reformpolitik zu betreiben». «Eine längere Phase, in der eine konsequente Haushaltsdisziplin verfolgt und umfangreiche Strukturreformen durchgeführt werden, liegt im Bereich des Möglichen und ist nicht ohne Beispiel in Europa», heisst es in dem EZB-Bericht.
Quelle: NZZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Ich zitiere einfach einmal Joseph Stiglitz: "Griechenland und andere stecken in der Krise. Doch die verschriebene Medizin besteht bloß aus veralteten Sparpaketen und Privatisierungen, die jene Länder, die sie umsetzen, nur noch ärmer und schwächer zurücklassen als vorher. Diese Medizin ist in Ostasien, Lateinamerika und anderswo gescheitert und wird auch jetzt in Europa scheitern. In Irland, Lettland und Griechenland ist sie es schon."*

c. **Wie Griechenland zu retten ist – Ein Problem, vier Modelle**
Die Staatschefs der Eurozone können sich nicht einigen, wie Griechenland zu retten ist. Diskutiert werden vier Ideen, wie der Privatsektor beteiligt werden könnte. […]
Erstens: Der Privatsektor wird überhaupt nicht beteiligt. Diese Linie verfolgt vor allem die Europäische Zentralbank (EZB). Denn sie befürchtet eine "Ansteckungsgefahr", wenn Banken und Versicherungen herangezogen werden: Die Risikoaufschläge könnten auch für andere Euro-Länder steigen. […]
Zweitens: Deutschland beharrt dennoch auf einem Beitrag der Banken und Versicherungen. […] Allerdings haben die Ratingagenturen signalisiert, dass sie diese Lösung als "begrenzten Zahlungsausfall" werten würden. Damit ist diese Idee in den Hintergrund geraten.

Drittens: Vom internationalen Bankenverband IIF stammt der Vorschlag, dass Griechenland seine Staatsanleihen zu Marktpreisen zurückkaufen soll. Denn die Papiere notieren teilweise nur noch bei 50 Prozent ihres Nominalwertes, weil die Investoren mit einer griechischen Staatspleite rechnen. Das Geld für diese Rückkaufaktion würde Griechenland als Kredit gewährt – vom europäischen Rettungsschirm. […]
Viertens: Commerzbank-Chef Martin Blessing hat daher in dieser Woche einen radikalen Vorschlag unterbreitet. Den Gläubigern würde angeboten, ihre griechischen Staatsanleihen in Papiere umzutauschen, die mit einer Garantie aller Euro-Länder versehen ist.
Quelle: taz

Anmmerkung Orlando Pascheit: *Natürlich lässt sich diese Liste verlängern bis hin zur Übernahme der Schulden durch die stärksten Eurostaaten. Italien außen vor, sind das nur einige Prozent des Euro-BIP.*
Mit der Auflage von Eurobonds würde sich die Spekulation nicht mehr gegen einzelne Staaten richten können. Und Wetten gegen den global wirtschaftlich stärksten Währungsraum kann man vergessen.
Die EZB könnte sich dem Beispiel der FED anschließen, und wieder Staatsanleihen aufkaufen. Sie würde damit auf lange Sicht Wetten auf eine Abwärtsbewegung austrocknen. usw.
Es versteht sich von selbst, dass all diese Maßnahmen Eingriffe in das Regelwerk der Währungsunion und der EU erfordern. Am wichtigsten wäre dabei eine gescheite Regional- und Strukturpolitik der EU, welche die peripheren Volkswirtschafte in punkto Wettbewerbsfähigkeit auf Augenhöhe mit dem industriellen Kern bringen würde. Natürlich würde eine Neuordnung der Kohäsionspolitik stärkere Transfer- und Kontrollelemente beinhalten müssen. Auch musste die Neuaufnahmen von Mitgliedern in die Währungsunion an ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gebunden werden und nicht auf punktgenaues, kurzfristiges Erreichen der Maastrichtkriterien – siehe Estland.

4. **J. Bradford DeLong – Geständnisse eines Deregulierers**
   Die Liberalisierung des US-Finanzmarkts Ende des vergangenen Jahrhunderts hatte viele Anhänger, ist aber gescheitert. Bemerkenswert, wie wenig wir daraus gelernt haben. Möglicherweise müssen wir sogar zum sehr viel stärker reglementierten Finanzsystem der ersten Generation aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurückkehren. Der damalige Aufbau hat, soweit wir es aus makroökonomischer Sicht erkennen können, dem industriellen Kern gutgetan. Und mit Sicherheit wissen wir,

dass unser jetziges System nicht funktioniert.
Quelle: FTD

5. **SGB II-Eingliederungsmittel werden drastisch gekürzt**
   Den über 400 Jobcentern sollen im Haushaltsjahr 2012 nur noch 3,78 Milliarden Euro für SGB II-„Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ (Hartz IV) zugewiesen werden – 18,9 Prozent (880 Millionen Euro) weniger als für das Haushaltsjahr 2011 und insgesamt 40,5 Prozent (etwa 2,57 Milliarden Euro) weniger als für das Haushaltsjahr 2010. Das geht aus dem von der Bundesregierung am 6. Juli 2011 beschlossenen Entwurf des Bundeshaushalts 2012 hervor.
   Quelle: Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ)
6. **Arbeitsmarktpolitischer Aufruf**
   30 namhafte Persönlichkeiten und renommierte Fachleute der deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Hochschulen fordern in einem gemeinsamen Aufruf die Bundesregierung zur arbeitsmarktpolitischen Umkehr auf.
   Sie fordern
   - eine Rücknahme der Sparbeschlüsse in der Beschäftigungsförderung,
   - mehr Handlungsspielräume für die Jobcenter vor Ort,
   - mehr sinnvolle Beschäftigungsangebote für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose und
   - die rechtliche und finanzielle Absicherung der Institutionen, die vor Ort die Leistungen für diese Personen erbringen, so etwa Beschäftigungsunternehmen oder Fortbildungseinrichtungen.

   Die Sparbeschlüsse und die anstehende „Instrumentenreform“ bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik führen zu einer immer stärkeren und immer einseitigeren Konzentration auf lediglich gut vermittelbare Arbeitslose. Gleichzeitig werden die Hilfen für diejenigen, die auf absehbare Zeit ohne realistische Chance auf eine Vermittlung sind, abgebaut oder erschwert. Die Konsequenz ist eine fatale Zweiteilung des Arbeitsmarktes. Langzeitarbeitslose und schwer Vermittelbare werden dabei zunehmend „auf der Strecke“ bleiben, wenn kein Kurswechsel eingeschlagen wird, darunter auch viele benachteiligte Jugendliche.
   Quelle: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.

7. **Belgische Gewerkschaften kämpfen gegen deutsche Niedriglöhne**

Die christliche belgische Gewerkschaft (CSC) ruft Belgiens Arbeiter zur Solidarität mit den Beschäftigten in der Bundesrepublik auf. Denn bessere Löhne in Deutschland würde zugleich den Druck auf dem belgischen Arbeitsmarkt verringern.
Deutsche Gewerkschafter staunten nicht schlecht, als sie bei der Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes Ende Juni in Luxemburg einer großen Schar belgischer Kollegen begegneten. »Das deutsche Jobwunder – Ich verdiene 4,81 Euro in der Stunde« stand schwarz-rot-gold auf ihren T-Shirts und Plakaten. Unter der Parole »Helft Heinrich« demonstrieren die belgischen Gewerkschafter gegen deutsche Hungerlöhne. »Lasst Europa nicht dem deutschen Beispiel folgen«, lautet die klare Botschaft der Belgier.
»Heinrich« – das ist für den christlichen belgischen Gewerkschaftsbund CSC der deutsche Niedriglöhner, dessen Arbeitseinkommen nicht zum Überleben reicht. Und Heinrich hat in dieser Kampagne Leidensgenossen in Westeuropa. So etwa die traurig und ermattet wirkende französische Helène, die dank der »Rentenreform« von Staatspräsident Nicolas Sarkozy zwei Jahre länger arbeiten muss. Oder den jungen Henry aus England, der Architekt werden will, jedoch die 11 000 Euro Studiengebühren im Jahr nicht aufbringen kann.
Quelle: Neues Deutschland

Anmerkung RS: *Ironisch, dass in Belgien die christliche Gewerkschaft sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzt, während es in Deutschland die "christlichen" Gewerkschaften sind, die das genaue Gegenteil ermöglichen.*

8. **Ver.di: Telekom unterdrückt Gewerkschaften in den USA**
Kurz vor dem geplanten Verkauf macht T-Mobile USA der Deutschen Telekom noch einmal kräftig Ärger. Gewerkschafter prangern eine aggressiv gewerkschaftsfeindliche Unternehmenspolitik der Telekom-Tochter an. Sie haben jetzt Beschwerde bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eingelegt. "Irgendwann muss die Notbremse gezogen werden", sagte Ver.di-Bundesvorstandsmitglied Lothar Schröder gestern in Bonn. "Und die ziehen wir jetzt."
In ihrer Beschwerde werfen die deutsche Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di und die US-Gewerkschaft Communications Workers of America (CWA) der deutschen Telekom vor, gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu verstoßen. Dort ist festgelegt, dass Konzerne das Recht ihrer Mitarbeiter auf den Beitritt zu Gewerkschaften und Betriebsräten ihrer Wahl zu respektieren haben. Genau das sei jedoch bei T-Mobile USA nicht der Fall. "Seit Aufnahme des Geschäftsbetriebs hat T-Mobile USA unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass das Unternehmen gewerkschaftsfrei bleiben wolle", schreiben die Gewerkschaften in ihrer Beschwerde.

So seien Führungskräfte angewiesen worden, “Bemühungen um eine gewerkschaftliche Organisierung der Mitarbeiter entschieden entgegenzuwirken und diese zu behindern”.
Quelle: taz

Anmerkung Orlando Pascheit: *Die NachDenkSeiten haben bereits in anderen Fällen darauf hingewiesen, dass unsere Konzerne, sobald sie das Land verlassen, sich wenig um die in Deutschland geltenden Standards scheren.*
Deutlich wird dadurch, dass Arbeitnehmerrechte nie selbst verständlich sind, sondern einer andauernden Aufmerksamkeit der arbeitenden Bevölkerung bedürfen. Der Kapitalismus unserer Tage lebt nun einmal von der schlichten Vorstellung, dass eine Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen oder auch Umweltgefahren nur Kosten darstellen, die den Profit einschränken.

9. **Die Russen kommen. Konsequenz der Energiewende**
Deutschland größter Stromproduzent RWE zieht Konsequenzen aus der Energiewende und verbündet sich mit dem russischen Konzern Gazprom. Das ist legitim.
Quelle: WELT

Anmerkung Jens Berger: *Das schafft auch nur die WELT. Mit der Rhetorik des Kalten Krieges werden mittels des Ausstiegs aus der Atomkraft alte Ängste vor der Abhängigkeit vor „dem Russen“ geweckt. Natürlich wird mit keinem Wort erwähnt, dass „der Russe“ sich sogar zu Zeiten des Kalten Krieges als äußerst zuverlässiger Energielieferant erwiesen hat. Es stellt sich hier auch die Frage, warum ein russischer Staatskonzern als Anteilseigner eines privatisierten deutschen Energieoligopolisten ein Problem darstellen soll, während man sein Tafelsilber ansonsten mit Vorliebe an Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds verscherbelt. Im Zweifelsfalle ist Moskau sicherlich berechenbarer und verlässlicher als die renditeorientierten Heuschrecken aus den Weltfinanzzentren.*

10. **Neue Rohstoffpolitik – wie die Bundesregierung eine Diktatur in Afrika aufwertet**
Durch die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen ist Äquatorial-Guinea in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit geraten. Bislang war der Mini-Staat an der Südwestküste Afrikas vor allem Geschäftsleuten aus der Energie- und Baubranche bekannt – und Experten in Sachen Menschenrechte und Korruption.
Es geht um Öl und eine Diktatur, die nach offiziellen Berichten der Vereinten Nationen zu den schlimmsten Unterdrücker-Regimen in der Welt zählt. Die Bundesrepublik hat voriges Jahr eine Botschaft in dem Land eröffnet und die Wirtschaftskontakte

intensiviert -trotz aller Meldungen über Terror, Folter und Hinrichtungen.
Quelle: WDR Monitor

11. **Tokaimura 1999 – Lehrstück ohne Folgen**
Quelle: YouTube

Anmerkung: *83 Tage: Der langsame Strahlentod des Atomarbeiters Hisashi Ouchi ist im Redline-Verlag erschienen und kostet 14,99 Euro.*

Anmerkung unseres Lesers S.K.: *Tragisch, dass es solche Berichte gibt und dass diese Art der Dokumentation sein muss, um manch einen wachzurütteln. Eigentlich sollte der gut informierte, empathiebegabte Mensch mittels blossem Verstand und Menschenliebe einer solchen Technik den Rücken kehren, zumal Alternativen bestehen.*

12. **Faires Label, unfaire Praktiken**
Corsicana ist die größte Bioananasfarm Costa Ricas mit Fair-Trade-Zertifizierung. Gewerkschaften klagen dennoch über miserable Arbeitsbedingungen. Doch Grundlegendes scheint sich nicht geändert zu haben, wie die neuerlichen Beschwerden der Arbeiter belegen. “Wir Gewerkschaftler werden übergangen, wenn es zusätzliche Arbeiten zu verteilen gibt, erhalten aber nur den Mindestlohn. Von den Fair-Trade-Zuschlägen kommt bei uns nichts an, und auf dem Feld gibt es weder einen schattigen Unterstand noch sanitäre Anlagen”, kritisiert William Ortega. Der 34-jährige Erntearbeiter aus Nicaragua lebt seit 16 Jahren in Costa Rica, arbeitet seit zehn Jahren auf der Plantage Corsicana und kündigt nur nicht, weil er fürchtet, dann nie wieder Arbeit in der Region zu bekommen. “Es kursieren schwarze Listen”, behauptet er.
Quelle: taz
13. **Die Revolution enttäuscht ihre Kinder**
Ägypten tritt auf der Stelle: Das Militär, das die Ägypter scheinbar vor dem schießwütigen Machthaber Mubarak gerettet hat, wurde nie in Frage gestellt. Nun verhindern die Generäle einen Umbruch, der den Namen demokratisch verdient hätte. Schuld daran ist auch der Westen.
Quelle: Süddeutsche Zeitung
14. **Spionage in guter Mission**
Wie Handydaten-Schnüffelei uns helfen kann
Mobilfunkdaten sind ein wahrer Schatz: Sie enthüllen unsere Gewohnheiten, unsere Freunde und sie verraten, wie und wo wir uns bewegen. Forscher wollen das Telefonverhalten jetzt sogar nutzen, um Katastrophen zu erkennen – und zwar noch bevor die ersten Notrufe eingehen.

Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung unseres Lesers N.B.: *Der Artikel ist unkritisch und im Fazit lobend über die Auslöschung unser persönlichen Freiheit.*
Es steht nicht zur Debatte ob es auch Risiken gibt. Der Artikel ist so aufgebaut das er den meisten den Eindruck vermitteln soll, das es egal ist. Es wird ja eh schon gemacht und es dient unserem Schutz. Ich bin regelrecht verärgert darüber das man sich nicht einmal mehr Mühe gibt uns für blöd zu verkaufen.

15. **Die Schweinedoktrin**
Wie die Schweine in Orwells Farm der Tiere traut Europas Elite ihren Bürgern kaum etwas zu. Wenn es nicht zu einer demokratischen Revolution kommt, drohen Chaos und Zerfall des Staatenbunds […]
Europas selbstgefällige politische Elite kann sich für solche Manöver selbst auf die Schulter klopfen. Ihr Motto ist gleich dem der Schweine in Orwells "Farm der Tiere": "Natürlich würden wir euch gerne eure eigenen Entscheidungen treffen lassen, aber nehmen wir mal an, ihr trefft die falschen Entscheidungen, wo würden wir dann stehen?" Die Politik bekommt die gewünschten Wahlergebnisse, die Wähler sind lediglich Schweine am Trog.
Quelle: Der Standard
16. **Lerne, soviel du kannst! Helfen wird es trotzdem nicht**
Lerne lebenslang! In dieser Proklamation ist die Rede von Nützlichkeiten und Notwendigkeiten, von Programmen und Planungen, von Instrumentarien und deren Wirksamkeiten. Emotionslos und mit ernstem Unterton wird proklamiert, dass lebenslanges Lernen unumgänglich sei: zur beruflichen Weiterentwicklung, zur Senkung von Beschäftigungslosigkeit, zur Sicherstellung von Wohlstand und Fortschritt etc. Mit passend interpretierten Datenmaterialien wird dies unterfüttert und so regelmäßig in Äußerungen von politischen EntscheidungsträgerInnen, Interessensvertretungen und Unternehmensführungen propagiert, dass kaum noch Zweifel an der Realität aufkommen. Genauere Betrachtungen zeigen jedoch damit verbundene Illusionen, Täuschungen und Fiktionen.
Quelle: Linksnet
17. **Ein Online-Journalist enthüllt, wie Newsseiten ihre Texte prominent platzieren**
Um sicherzustellen, dass Google den Text bei möglichst vielen Suchabfragen möglichst prominent platziert, stellt AOL seinen Autoren das "Blogsmith Demand Tool" bereit. Damit können sie verfolgen, welche Themen im Netz gerade besonders gefragt ist. Auf diese fahrenden Züge sollen die Schreiber aufspringen und möglichst sogar zwei dieser populären Themen in einer Story kombinieren…

Die Masse gibt die Schlagworte vor, und der Autor reiht sich brav ein und schreibt, was von ihm erwartet wird. Thematisch drehen sich die Nachrichten dann im Kreis. Ähnliche Mechanismen gibt es auch hierzulande. Auf deutschen Nachrichten-Websites bestehen 80 Prozent aller Artikel aus demselben Agenturmaterial.
Quelle: Berliner Zeitung

18. **Von "Süddeutsche" bis ARD: Deutschlands Medienjournalismus mutiert zur Propaganda**
Wer in Deutschland ein wenig Medienkunde in den Medienkonsum einbringt, der ist einiges gewöhnt. Er ist abgehärtet. Solch eine dicke Haut gegen Tendenz-"Journalismus", falsche Fakten, verdrehte Darstellungen und völlige Realitätsferne scheint eine gute Präparation gegen das, was vor der Tür steht.
Quelle: Indiskretion Ehrensache
19. **Abwehrbereit**
Bild plant eine Enthüllungsserie über die ARD – die mit Beiträgen über Bild kontern will. Das macht die ARD nervös…
Der Anlass für das plötzliche Interesse an Medienjournalismus bei der ARD ist eine geplante Bild-Serie über die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, an der seit geraumer Zeit eine ganze Task Force aus Bild-Leuten arbeitet.
Acht Verlage, darunter M. DuMont Schauberg, in dem diese Zeitung erscheint, haben vor einigen Wochen Klage gegen die mit Gebühren finanzierte, aber kostenlos zum Download angebotene „Tagesschau"-App, eine Anwendung für mobile Geräte, eingereicht. Den Zeitungshäusern ist die App zu textlastig, sie sehen sie für geeignet an, den Verlagen ein Zukunftsgeschäft mit kostenpflichtigen Apps zu verwehren.
Zu einem Sprachrohr der Verlage hat sich Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner gemacht.
Quelle: Frankfurter Rundschau

Anmerkung WL: *Die FR gehört dem M. DuMont Schauberg Verlag und dieser Verlag gehört zu den Klägern gegen die ARD. Die FR ist also Partei. Warum soll sich eigentlich die ARD nicht gegen Kampagnen der BILD wappnen dürfen? Warum soll die ARD nicht den Journalismus der Printverlagshäuser kritisieren dürfen?*

20. **Das Allerletzte: Freiburger werden ab 6 Uhr aus dem Bett geklingelt**
Für die gute Sache werden nächsten Montag Bürger im Freiburger Stadtteil Weingarten aus dem Bett geklingelt. Ab 6 Uhr will die Landeszentrale für politische Bildung dort für die Demokratie werben.
Quelle: Badische Zeitung

Anmerkung unseres Leser R.H.: *In dem Programm zu der Aktion [PDF – 790 KB]*

wird auch erklärt, warum gerade in Weingarten: Weil hier viele Nichtwähler oder Wähler der Republikaner und der Linken sind. Die Aktion trägt den Titel "Wenn der Milchmann zweimal klingelt", und soll zeigen, wie gut es uns doch geht, wenn morgens nicht die Gestapo oder Stasi vor der Tür steht.
Kurz gesagt: Wer nicht wählt oder Linkspartei wählt oder in einer Gegend mit geringem Einkommen wohnt, muss damit rechnen, Besuch von der Landeszentrale für politische Bildung zu bekommen, natürlich alles nur im Spass ….